

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

19.11.1932 (No. 272)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Bernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Kneib,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Seitenfeld Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besondert. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Adolf Hitler beim Reichspräsidenten

#### Eine einstündige Besprechung

BRN, Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident heute vormittag um 1/2 12 Uhr Adolf Hitler empfangen.

Obwohl man den Zeitpunkt der Besprechung geheimgehalten hatte, sammelten sich schon in den ersten Vormittagsstunden Schaustreifer vor der Reichskanzlei und vor dem Hotel „Kaiserhof“ an. Die Polizei hatte keine größeren Absperzungen vorgenommen, sondern sorgte nur dafür, daß der Fahrdamm und die Einfahrt zur Reichskanzlei frei gehalten und der Verkehr nicht gestört wurden. Kurz vor 11 Uhr fuhr dann der Wagen des Reichspräsidenten Göring vor der Reichskanzlei vor. Göring hielt sich nur eine knappe Viertelstunde bei Staatssekretär Meißner auf und kehrte dann in den „Kaiserhof“ zurück. Kurz vor halb 12 Uhr erschien Adolf Hitler in Begleitung Görings vor dem Hotel und bogab sich im Wagen in die Reichskanzlei. Die Menge drachte auch jetzt wieder, wie schon beim Erscheinen des Reichstagspräsidenten Göring, Heilrufe aus.

Der Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten dauerte über eine Stunde. Um halb 1 Uhr verließ Hitler das Haus des Reichspräsidenten in seinem Kraftwagen. Inzwischen hatte sich in der Wilhelmstraße eine so große Menschenmenge angesammelt, daß es dem Wagen des nationalsozialistischen Führers schwer wurde, sich einen Weg zu bahnen. Die Menge durchbrach die Schuttposten und stürzte sich auf das Ausfahrort des Reichspräsidentenhaus, so daß es erst wieder geschlossen werden mußte. Dann erst war es der Schupo möglich, die Straße soweit freizumachen, daß der Wagen herausfahren konnte. Aber in der Wilhelmstraße selbst gab es immer wieder Störungen, so daß Hitler buchstäblich nur schrittweise vorwärts kam. Die Ovationen setzten sich fort, bis Hitler im „Kaiserhof“ abgestiegen war.

Die amtliche Mitteilung über die Besprechung des Reichspräsidenten mit Hitler hat folgenden Wortlaut: „Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag Herrn Adolf Hitler zu einer Besprechung über die politische Lage. Die Aussprache dauerte über eine Stunde. Es wurde in Aussicht genommen, sie in den nächsten Tagen fortzusetzen.“

### Unterredung unter vier Augen

BRN, Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir von un-  
terrichteter Seite erfahren, hat die Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler eine Stunde und 10 Minuten gedauert. Auf der Seite Hitlers hat niemand an ihr teilgenommen. Sie vollzog sich zunächst zwischen Reichspräsident und Hitler unter vier Augen. Dann wurde Staatssekretär Meißner hinzugezogen. Der Inhalt der Unterredung erstreckte sich auf eine Darlegung der gegenseitigen Auffassungen. Da die Besprechungen noch nicht abgeschlossen sind, werden sie in der nächsten Woche fortgesetzt.

### Die gestrigen Empfänge

Über die gestrigen Empfänge der Parteiführer beim Reichspräsidenten wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

„Der Herr Reichspräsident empfing Freitag vormittag den Führer der DNVP, Geheimrat Eugenberg, und nachmittags den Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, sowie den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, zu Einzelbesprechungen über die politische Lage.“

### Zentrum und Nationalsozialisten

Die „N.Z.“ will aus Zentrumskreisen wissen, daß unmittelbar nach dem Empfang Hitlers Besprechungen zwischen dem Zentrum und der NSDAP stattfinden würden, die den Versuch einer direkten Verständigung bilden sollten, und in denen besonderes Gewicht auf das Bestreben gelegt werden würde, dem neuen Kabinett eine besondere konstruktive Unterlage zu geben, die es vom Grundsatze der Präsidialregierung nicht allzuweit entfernt und trotzdem die Mitarbeit von Parteiführern gestalte.

Auch der „Börsenkurier“ glaubt, daß nach dem Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten zwischen Zentrum und NSDAP eine Verständigung versucht werden sollte. Diese Aussprache würde sich auch auf die Regierungsbildung in Preußen erstrecken. Man hoffe auf beiden Seiten, sehr bald so weit zu sein, daß am 24. oder 25. November der Landtag die Neuwahl des Ministerpräsidenten vornehmen könne. Das Blatt meint, daß man bei beiden Parteien anscheinend durchaus optimistisch sei. Wenn es zu der erwarteten Einigung komme, würden Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und die kleineren Rechtsgruppen gefragt werden, ob sie das Einigungsprogramm als gemeinsame Grundlage der nationalen Konzentration ansehen wollten.

In dem amtlichen Kommuniqué über die Demission des Kabinetts von Papen war gesagt worden, daß auch die Bayerische Volkspartei wie die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei jede nationale Konzentration begrüßt habe, die die Arbeit der Reichsregierung erleichtern könnte. Dazu wird aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt, daß Staatsrat Schäffer zwar in der Unterhaltung mit dem Reichskanzler den Gedanken einer „nationalen Konzentration“ begrüßt und die Mitarbeit seiner Partei anbot, falls die „Konzentration“ unter dem gegenwärtigen Kabinett möglich wäre. Da Herr Schäffer aber diese Möglichkeit be-

### Letzte Nachrichten

#### Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl

##### Ein Reichstagsabgeordneter mehr

BRN, Berlin, 19. Nov. (Tel.) Der Reichswahl-  
auschuh hat in seiner heutigen Sitzung das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 festgestellt. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich infolge Zuganges an Stimmen bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den Wahlkreisen die Zahl der gültigen Stimmen auf 35 471 745 erhöht, darunter 4 170 640 Stimmen für die Wahlvorschlüge der Zentrumspartei, wobei von den in der Pfalz auf den gemeinsamen Kreiswahlvorschlag „Zentrum und Bayer. Volkspartei“ entfallenden Stimmen wie bisher 60 000 der Bayer. Volkspartei zugerechnet sind. Die Zentrumspartei wird daher mit 70 Abgeordneten (nicht 69) im neuen Reichstag vertreten sein. Für die übrigen Parteien bedeutet der Zuwachs an Stimmen keinen Mandatsgewinn. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt nunmehr 584.

#### Der französische und englische Abrüstungsplan

##### Pariser Polemiken

BRN, Paris, 19. Nov. (Tel.) Die Presse beschäftigt sich  
auch heute noch sehr eingehend mit dem englischen Abrüstungsplan, den Sir John Simon vorgestern in Genf dargelegt hat.

„Journal“ schreibt, der Hauptpunkt des englischen Planes sei die sofortige Anerkennung der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung. Allerdings seien gewisse tatsächliche Ungleichheiten noch vorbehalten, die erst allmählich verschwinden sollen, wenn sich die Hoffnung auf Entspannung ohne eine besondere Sicherheitsgarantie bestimme. Der englische Vorschlag sei genau das Gegenteil des französischen Planes, der die Herstellung der Gleichheit erst nach Herbeiführung von Sicherheitsgarantien und außerdem in einer Reihe von Stappen vorsehe. Dieser Gegensatz wäre an und für sich schon als ernst zu bezeichnen, werde aber einigermaßen dadurch kompensiert, daß im englischen Plan die Aufrechterhaltung einiger tatsächlicher Ungleichheiten geahndet sei, die grundsätzlichen Zugeständnisse auszugleichen. Am ernstesten aber sei, daß die unmittelbaren Abrüstungsmaßnahmen, die England vorschlägt, die französischen Sicherheitsreferenzen gänzlich ruinieren würden. Die Ausführungen Simons — so schließt das Blatt — enthielten gefährliche Maßnahmen.

„Echo de Paris“ erklärt, Frankreich bestehe England nicht das Recht, seine Flottenmacht zu erhalten. Aber aus welchem Grunde, so fragt das Blatt, wüßere sich England, wenn Frankreich für sich eine entsprechende Verteidigung fordere? Im September habe Deutschland der Abrüstungskonferenz den Rücken gekehrt, um durch Drohungen zu erreichen, was es durch Überredungen nicht habe erlangen können. Und London sei sofort die Höhe des Vögelgedes fest. Wenn der Reichsaussenminister nächste Woche im Völkerbundsrat erscheinen werde, dann werde er nur lebenswürdige Gestalten vorfinden. Man könne sich nicht wundern, wenn Japan, diesem Beispiel nachsehend, erklären werde, daß das beste Mittel, den Völkerbund zum Kapitulieren zu bringen, darin bestehe, ihm den Rücken zu kehren.

#### Besprechungen Dr. Heids mit dem österreichischen Bundeskanzler

BRN, München, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Ministerpräsident  
Dr. Heids hat sich, wie die „Münch. N. Nachr.“ erfahren, heute nach Salzburg begeben, wo er eine Besprechung mit Bundeskanzler Dollfuß und einer Reihe führender Mitglieder der Christl.-Sozialen Partei haben wird. Die Anregung zu dieser Besprechung ging von österreichischer Seite aus, wo der Wunsch nach einer engeren Fühlungnahme mit den weltanschaulich nahestehenden Parteien des Deutschen Reiches besteht.

Verlängerung des Burgfriedens bis 2. Januar. Die Geltungsdauer der Verordnung über den Burgfrieden, die bis zum 19. November befristet war, ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten bis zum 2. Januar 1933 verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November 1932 enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlversammlungen zugelassen werden, sofern diese Wahlen bis zum 15. Jan. 1933 einschließlich stattfinden.

Der Stand der schwedischen Schuld des Reiches am 31. Oktober 1932. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betrug die schwedische Schuld des Deutschen Reiches am 31. Oktober 1932 1792,9 Millionen RM, gegen 1757,1 Millionen RM am 30. September 1932.

Der neue deutsche Botschafter in Paris, Röster, stattete am Freitag dem Ministerpräsidenten Herriot seinen Antrittsbesuch ab.

Der neue deutsche Botschafter beim Vatikan, Herr von Haffel, ist heute, Samstagvormittag, um 11 Uhr vom König zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden.

zweifelte, erklärte er den Versuch, die „nationale Konzentration“ unter anderer Führung anzustreben, für notwendig und nicht aussichtslos. Das sei in der Sache das selbe, was auch das Zentrum Herrn von Papen erklärt habe.

### \* Zur politischen Lage

#### Der Rücktritt des Kabinetts von Papen

Reichskanzler von Papen hatte den Auftrag, den ihm der Reichspräsident gestellt hatte, eigentlich erfüllt, wenn man sich nur an den Wortlaut der Beauftragung hält. Der Kanzler sollte in den Besprechungen mit den Parteiführern „feststellen, ob und inwieweit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen“. Seine Aufgabe war also eigentlich nur die einer Sondierung.

Dennoch hat das Reichskabinetts am vorgestrigen Donnerstag dem Reichspräsidenten seine Gesamtdemission angeboten, und der Reichspräsident hat sie angenommen. Es bedeutet das, daß der Reichspräsident grundsätzlich bereit ist, eine andere Persönlichkeit mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beauftragen, vorausgesetzt, daß sich dafür eine geeignete Persönlichkeit findet. Zweifellos hat sich Herr von Hindenburg genau so, wie Herr von Papen selbst, davon überzeugen müssen, daß es keinen Zweck hat, dieses Kabinetts entgegen dem klaren Willen der erdrückenden Mehrheit des Volkes weiter amtierend zu lassen. Die Frage aber, ob das zurückgetretene Kabinetts nicht in absehbarer Zeit in etwas umgebildeter Form wiederkehrt, ist damit noch nicht beantwortet.

Der Rücktritt ist durch die Gegnerschaft des Volkes und seiner Parteien erzwungen worden. Herrn von Papen ist es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, die Basis unter seinen Füßen auch nur um einen Millimeter zu verbreitern, obwohl diese Basis von Anfang an ganz außerordentlich schmal war. Ja, die Dinge gestalteten sich in der letzten Zeit so, daß man eher von einem Abbröckeln der vorhandenen Basis sprechen konnte. Im Reichsrat war die Isolierung des Kanzlers eine vollkommene geworden. Und auch in den Kreisen der Deutschnationalen mehrten sich in den letzten Wochen die Stimmen des Zweifels und der Unzufriedenheit; dies um so mehr, als der Kanzler unter Nichtachtung aller deutchnationalen Warnungen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Unterredung zu sich bat.

Herr von Papen hat sich während seiner Tätigkeit als Kanzler sicherlich alle Mühe gegeben, und auch seine Gegner werden ihm das eine Zeugnis gewiß nicht versagen, daß er mutig und auch zielbewußt an sein Werk herangegangen ist. Das Schlimme war von vornherein, daß seine Ziele weit ablagen von dem, was die große Mehrheit unseres Volkes wünscht, und daß er selbst politisch nicht verfiert genug war, um im richtigen Augenblick die richtige Taktik anzuwenden. Vielleicht wäre es einem sehr geschickten Politiker gelungen, die Front der Gegner zu erschüttern. Höchstwahrscheinlich hätte ein Staatsmann von Format es erst gar nicht dahin kommen lassen, daß die stärkste Plank, auf die er sich stützen konnte, nämlich die Plank des Nationalsozialismus, am 13. August dahinschwamm. Aber dann hätten eben auch seine politischen Ziele — zumal die verfassungspolitischen Art — andrer sein müssen.

Unwillkürlich wird eine Betrachtung, die sich an den Rücktritt des Kabinetts von Papen anknüpft, schon zu einer Art Abschiedswürdigung. Und doch muß man sich immer wieder sagen, daß eine solche Rede womöglich verfrüht ist, da, wenn die Parteien verlagen sollten, Herr von Papen von neuem beauftragt werden könnte.

An und für sich ist in den letzten Tagen durchaus konstitutionell verfahren worden. Die Aussicht für den Kanzler, im Parlament eine Mehrheit zu finden, bestand nicht, und Kabinetts und Reichspräsident zogen daraus schon vor Zusammentritt des Parlaments die einzig mögliche Konsequenz. Aber was nun? Das neue Kabinetts muß rasch gebildet werden, aus innerpolitischen Gründen und fast noch mehr aus außerpolitischen Gründen. Man denke nur, welche wichtige Verhandlungen uns in Genf und andernorts bevorstehen!

Der Reichspräsident hat bereits damit begonnen, die Parteiführer zu empfangen, um festzustellen, welche neue Möglichkeiten bestehen. Solche Möglichkeiten wären gegeben, wenn sich starke Parteien zusammentun, ein brauchbares Programm miteinander entwerfen und dem Reichspräsidenten auch gleich die Persönlichkeiten bezeichnen, die das Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes besitzen und auch sonst geeignet sind, jenes Programm durchzuführen.

Von vornherein hat es als bedeutsam zu gelten, daß der Reichspräsident die Vertreter der Sozialdemokratie nicht zu sich gebeten hat. Er ist, wie von Berlin aus mitgeteilt worden ist, der Ansicht, daß die Partei nach ihrem ganzen Verhalten in der letzten Zeit für irgend eine Form der Mitarbeit nicht in Betracht komme. Ob diese Ansicht richtig ist, wollen wir hier nicht untersuchen. Bemerkenswert ist immerhin die Tatsache, daß kürzlich in dem Organ des Christlichen Metallarbeiterverbandes für den Gedanken einer sozialen Front des Volkes geworben wurde, in der Zentrum, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten vereinigt sein sollten. Und der „Sozialdemokratische Pressedienst“ hatte den Gedanken in keineswegs ablehnender Weise besprochen, ja sogar erklärt, die „freien Gewerkschaften würden zu einer derartigen Politik der Abwehr bereit sein, allerdings nur mit ehrlichen Bundesgenossen, und nicht mit Leuten, die ihnen mitten im Kampfe in den Rücken fallen könnten“.

Jedenfalls soll nach dem Wunsche des Reichspräsidenten die betont antimarkistische Haltung der inneren Politik beibehalten werden. Das neue Kabinett würde sich demnach auf die Parteien der Rechten und das Zentrum einschließlich der Bayerischen Volkspartei zu stützen haben, falls diese Parteien mitmachen. Wenn sie mitmachen, dann wäre im Reichstag eine Mehrheit gegeben, und es könnte bei uns wieder streng nach der Verfassung, auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage regiert werden.

Das große Fragezeichen sind einstweilen die Nationalsozialisten. Man weiß noch nicht, wie sie sich zu dem wichtigsten Problem dieser Tage stellen werden. Bisher ging die Auffassung dahin, daß der Nationalsozialismus zur Mitarbeit bereit sei, aber nur unter der Bedingung, daß er auch die Führung erhalte, und zwar in der Person Hitlers selbst. Bisher ist aber auch immer wieder versichert worden, der Reichspräsident werde sich nicht dazu entschließen können, Herrn Hitler mit der Bildung des neuen Kabinetts zu beauftragen. Hier haben wir also den Angelpunkt der ganzen Frage. Was geschieht, wenn der Reichspräsident bei seinem Standpunkt beharrt, und die Nationalsozialisten auch ihrerseits von ihrer Forderung nicht abweichen? Dann ist zweifellos die Krisis in eine neue Phase eingetreten. Heute nachmittag findet die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler statt.

#### Verwaltungsreform

Daß die Politik des Herrn von Papen und seiner Mitarbeiter in ihren theoretischen Kundgebungen häufig und auch in einzelnen praktischen Maßnahmen manchmal freundlichen Beifall auch bei anderen Parteien, als den Deutschnationalen gefunden hat, ist bekannt. Und, wenn man jetzt die Ausführungen liest, die der Reichsinnenminister, Freiherr von Gahl, über die ungeheuerliche Aufblähung unseres Verwaltungsapparates gemacht hat, dann wird man auch hier feststellen können, daß der Minister der übergroßen Mehrheit unseres Volkes aus dem Herzen gesprochen hat.

Die Bedeutung dieser seiner Rede kann gerade vom Standpunkt der Länder gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir geben deshalb die wichtigsten Stellen im folgenden wieder:

„Daß die Verwaltung, wie es heißt, „aufgebläht“ ist, bedarf keines Beweises, und da scheinen mir zwei Wurzeln des Übels vorhanden zu sein. Man muß die Zuständigkeit zwischen Reich, Ländern und Gemeinden regeln und die Erzberger'sche Reichsfinanzreform ändern. Ich bin der Überzeugung, daß z. B. das Reichsministerium des Innern mit zwei Dritteln seines Apparates auskommen könnte, wenn das Sinecuren in die Angelegenheiten der Länder aufhören würde. Die Folge dieser ungeheuren Aufblähung des Verwaltungsapparates ist naturgemäß die Kostensteigerung, die weit über die Kräfte der deutschen Wirtschaft hinausgeht.“

Heute stehen wir vor einer Entwicklung, in der sich nur mühsam der Haushalt für Reich, Länder und Gemeinden aufrechterhalten läßt. Um einen Ausweg zu finden, halte ich die Verwaltungsreform — jedoch ohne

#### Vortrag in der Karlsruher Ortsgruppe „Porza“

In doppeltem Sinne ist Dr. Alfons Baquet, ein der breiteren Öffentlichkeit namentlich durch seine langjährige Mitarbeit an der „Frankfurter Zeitung“ bekannt gewordener Dichter, Dichtkünstler der Landschaft. Zunächst einmal ganz wörtlich genommen, insofern viele seiner Bücher ein noch wildes (z. B. Ostchina) oder ein schon längst kultiviertes (u. a. „Der Rhein“) Landschaftsbild von seinen geographischen Voraussetzungen aus betrachteten und daraus dann mit dichterischer Phantasie ein Stück Weltphysiognomie zu formen wagten. Aber neben solchen Resultaten einer Reihe von Forschungsreisen, die ihn früh mit den wichtigsten Teilen der Erde vertraut machten, hat Baquet sein ausgesprochenes Organ für Geographie außerdem auch dem Gebiet des Seelischen fruchtbar zu machen versucht, insofern er sein sonstiges Schaffen überhaupt ähnlichen weltweiten Reflexionen unterstellte. Davon gab Kunde die kurze Stunde, welche die Ortsgruppe der „Porza“ als erste ihrer dieswintertlichen Veranstaltungen unter dem Motto „Landschaft eines Lebens“ dem Dichter zur Vorlesung aus eigenen Werken widmete. Denn bei allem, was er las, sah man immer wie durch den Spalt einer offengelassenen Türe hinaus in fernste große Zusammenhänge, ob er nun gleich zu Anfang ein wirklich schweifendes Europäer, farbenerfüllte Augenbildnisse aus Nord und Süd, West und Ost vorüberziehen ließ, oder nachher in einer Ansprache, die er beim Eintritt in die preußische Akademie gehalten hat, eine mehr autobiographische Skizze gestaltete. Und überall traf man auf einen sehr feinsinnigen Wortkünstler, der freilich in der anspruchsvollen sachlichen und etwas rassen Art seines Lebens gerade solch geistvollen Gaben nicht ganz die ihnen zukommende Bedeutung zu leisten wußte. Trotzdem dankte eine stark interessierte Hörerschaft mit lebhaftem Beifall. D. Sch.

Anderung der Verfassung — für dringend notwendig. Es kommt darauf an, daß von Grund auf Ordnung geschaffen und das Steuer herumgelegt wird. Damit eine doppelte Bearbeitung vieler Dinge vermieden wird, haben diese Aufgaben wieder die Länder und Gemeinden zu übernehmen. Dazu gehören die Arbeitslosenversorgung und ein Teil der Finanzverwaltung. Ein gesunder Finanzausgleich muß wieder Platz greifen. Sehr wichtig ist, daß das Reich und Preußen wieder in eine organische Verbindung kommen. Alle Vorschläge, die verfassungsändernd wirken, müssen zunächst zurückgestellt werden.“

#### Die außenpolitische Situation

Es ist gar nicht zu bestreiten, daß sich die außenpolitische Situation für Deutschland in den letzten Wochen verbessert hat. Unsere Weigerung, an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, wenn man uns nicht ausdrücklich die Gleichberechtigung bescheinigt, hat starken Eindruck gemacht. Die großen weltpolitischen Probleme selbst aber haben sich in der letzten Zeit in einer Weise entwickelt, daß wohl alle Großmächte zu der Überzeugung gelangt sind, man müsse nun wirklich einen ernsthaften Schritt zur Herstellung eines wahren Friedens tun.

Auch Frankreich hat sich vernünftigen Erwägungen nicht ganz verschließen können. Wir mögen das Abrüstungsprogramm Herriots kritisieren wie wir wollen — die eine Tatsache läßt sich doch nicht aus der Welt schaffen, daß dieses Programm einen ganz gewaltigen Fortschritt gegen früher darstellt. Nicht umsonst wird die Politik Herriots von den Wortführern der Rechten in Frankreich, so z. B. auch von Tardieu, aufs leidenschaftlichste bekämpft.

Und auch die englische Außenpolitik hat sich in den letzten Wochen gründlich geändert, und zwar zu unseren Gunsten. Auch hier mögen wir die bewußt gepflegte Zweideutigkeit britischer diplomatischer Erklärungen noch so sehr in Anschlag bringen — es kann doch gar keinem Zweifel unterliegen, daß der britische Außenminister faktisch seine berüchtigte Note widerrufen und eine Haltung eingenommen hat, die von einem gewissen Verständnis für die Forderungen der deutschen Politik getragen ist. Das ergibt sich auch aus der Abrüstungsdenkschrift, die England jetzt der Abrüstungskonferenz unterbreitet hat.

Die Situation ist also für uns nicht ungünstig, und wir brauchen uns durch die vielen Schönheitsfehler und Bedenkllichkeiten, die dem französischen Abrüstungsanschlag und teilweise auch der englischen Denkschrift anhaften, nicht schrecken zu lassen. Es handelt sich hier ja nur um Vorschläge. Und Deutschland hat durchaus die Möglichkeit, Aufforderungen dort zu verlangen, wo sich der Vorschlag in Zweideutigkeiten ergeht, und dort eine Änderung zu fordern, wo sich die betreffende Bestimmung mit unseren eigenen Interessen und mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung nicht vereinigen läßt.

Wenn allerdings Frankreich auf dem Standpunkt stünde, daß sein Vorschlag das Äußerste an Entgegenkommen bedeute, dann wäre eine jede weitere Verhandlung zwecklos. Denn in einigen, entscheidenden Punkten ist jener Vorschlag für uns unannehmbar. Aber dazu sind ja die Konferenzen da, daß man sich über solche Differenzpunkte unterhält.

Wir machen gar keinen Hehl daraus, daß wir auch weiterhin die Entwicklung unseres Verhältnisses zu Frankreich skeptisch betrachten und auch heute noch auf ein Scheitern der Abrüstungskonferenz gefaßt sind, da Frankreich wahrscheinlich doch nicht seinen Anspruch auf Kontinentalhegemonie aufgeben wird. Aber wir wollen ganz gerecht sein und auch die andere Möglichkeit nicht außer acht lassen, daß Frankreich doch noch weiter einlenkt und selber uns so eines Besseren belehrt.

#### Kommunistische Terrorpläne

##### Mitteilungen über eine Sitzung des Moskauer Politbüros

Die „Kreuzzeitung“ berichtet in sensationeller Aufmachung in großen Schlagzeilen über Terrorpläne der Kommunisten, die am 14. August in einer Sitzung des Moskauer Politbüros erörtert worden sein sollen. In dieser Sitzung habe, so schildert das Blatt, der Vertreter der III. Internationale, Manuilsky, einen ausführlichen Vortrag über die politische Entwicklung in Deutschland gehalten, in dem er als die größte Gefahr eine Koalition zwischen Zentrum und NSDAP. unter bestimmender Führung des Zentrums bezeichnet habe. Über die Gegenmaßnahmen der Kommunisten habe Manuilsky lediglich gesagt, daß die Geheimagenten innerhalb der SA. befriedigend ihre Pflicht vor der Revolution täten.

Im Anschluß hat dann der Vorsitzende der Revolutionären Gewerkschaftsinternationale, Kosowitsch, gesprochen, der gesagt habe, die KP.D. müsse die Fähigkeit zeigen, die günstige Situation auszunutzen, nicht nur mit den Methoden Torglers, sondern auch mit der Methode Hölls und Stolobewitschs. In dem Moment, wo der administrative Apparat des deutschen bourgeois Staats schwach werde, müsse man sofort die Verwirrung und den Zerfall durch die Organisation mit Streik, Sabotage und der Anwendung der Methoden des Massen- und des individuellen Terrors verstärken. Zum Schluß habe dann Stalin gesprochen, der zu allererst festgestellt habe, daß die KP.D. bei den bevorstehenden revolutionären Ereignissen eine nationale Festigkeit und Schonungslosigkeit zeigen müsse. In der Liste des individuellen Terrors, die er durchgesehen habe, fehlten mehrere Duzend Leute, die als erste den Beginn der revolutionären Kämpfe spüren und rechtzeitig von der Bildfläche verschwinden müßten.

In Berlin waren im Verlauf des Freitagabends in verschiedenen Teilen der Stadt, so in Neutölln, im Nordosten, im Norden und in Spandau eine besonders starke kommunistische Demonstrationstätigkeit zu bemerken. In allen Fällen gelang es den Überfallkommandos, die Demonstrationen ohne größere Zwischenfälle aufzulösen. Fünf Kommunisten wurden zwangsgewaltig.

#### Reich und Länder

##### Die Entschliebung des Reichsrats

In der am Freitag abgehaltenen Vollversammlung des Reichsrats begründete der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht kurz die Entschliebung der vereinigten Reichsausschüsse vom vorigen Samstag gegen die Maßnahmen des Reichskommissars in Preußen und über die Reichsreform.

Für die Reichsregierung wiederholte Reichsinnenminister von Gahl die schon in den Ausschüssen abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung bereit sei, dem im zweiten Teil dieser Entschliebung vorgebrachten Ersuchen stattzugeben, bei der großen Bedeutung der Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich, bei den weiteren Arbeiten im engsten Einvernehmen mit den Ländern vorzugehen. Er fügte noch hinzu, daß er gern bereit sei, auch mit den Vertretern der preußischen Provinzen in dieser Sache in Fühlung zu treten und zu bleiben.

Für Preußen gab Ministerialdirektor Dr. Brecht eine Erklärung ab, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß an Stelle ungeordneter gewalttätiger Experimente, wie sie zur Zeit mit Preußen angestellt wurden, eine organische Reform des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen auf dem ordentlichen, verfassungsmäßigen Wege erfolge. Da durch die unbegreifliche Unterlassung der Reichsregierung noch immer den Ländern kein Entwurf vorliege, verlange die preußische Staatsregierung auch aus diesem Grunde die sofortige Aufhebung aller Sondermaßnahmen in Preußen.

Die am Freitag ergangene neue Verordnung werde nach Ansicht der preußischen Regierung der Entschliebung des Staatsgerichtshofes nicht gerecht und schaffe eine weitere Erschwerung der Lage.

Oberbürgermeister Dr. Sahn-Berlin gab die Erklärung ab, daß er dem ersten Teil der Entschliebung nicht zustimmen könne. Dieser erste Teil der Entschliebung wurde mit 64 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Stadt Berlin, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover und Westpreußen. Stimmenthaltung übten Braunschweig, Oldenburg, Anhalt und die beiden Mecklenburg. Der zweite Teil der Entschliebung wurde einstimmig angenommen.

##### Die Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

1. Die Maßnahmen des Reichs vom 29. und 30. Oktober 1932 gehen über die Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden, weit hinaus. Ohne bei diesem Anlaß die Frage der Rechtsbeständigkeit dieser Verordnungen weiter zu berühren, stellt der Reichsrat fest, daß durch diese Maßnahmen eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmäßig festgestellten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden ist. Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Zustimmung gegeben, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Der Reichsrat erwartet daher, daß die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zustimmung so rasch wie möglich die zur Behebung der eingetretenen Ungleichgewichtsveränderung erforderlichen Maßnahmen trifft.

2. Bei der großen Bedeutung einer Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unter Vermeidung überflüssiger Maßnahmen und einer überleitenden Behandlung die deutschen Länder bei der Gestaltung der Entwurfsarbeiten ihrer Verabschiedung im Reichskabinett und vor einer öffentlichen Bekanntgabe maßgebend zu beteiligen.

Im übrigen wurden nur unbedeutende kleinere Vorlagen erledigt.

#### Kabinett Braun und die neue Notverordnung

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird das Kabinett Braun sich heute in einer Kabinettsitzung mit der jetzt veröffentlichten neuen Notverordnung des Reichspräsidenten über die Auswirkungen des Leipziger Urteils beschäftigen. In Kreisen der Regierung Braun wird erklärt, daß die neue Notverordnung eine Verschärfung der Lage bedeute. Es wird hervorgehoben, daß die Haltung des Reichskanzlers von Papen, der als verantwortlich für die Notverordnung zu betrachten sei, deshalb um so unverständlicher erscheine, weil der Kanzler in seiner Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten Braun am Donnerstag kein Wort über diese neue Notverordnung gesagt habe, obwohl zur Zeit dieser Unterhaltung die Verordnung vermutlich schon fertiggestellt gewesen sei.

Im Bullerjahn-Prozess vor dem Reichsgericht sagte Rechtsanwält Dr. Cohn, der Mitglied des Vorstands der Liga für Menschenrechte ist und der sich in erster Linie um das Zustandekommen des Wiedererfassungsbefahrens bemüht hatte, als Zeuge aus, er sei mit dem vom Reichsgericht wegen Landesverrat verurteilten Bins in Basel zusammengekommen. Dieser habe ihm erklärt, die Lager bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken an die Franzosen vertragen zu haben. Dr. Cohn hat ferner in Nancy mit dem französischen Leutnant Jost gesprochen. Er hat Jost ein Bild Bullerjahns vorgezeigt und darauf hat Jost gesagt: „Diesen Mann kenne ich nicht.“ Auf Veranlassung des Reichsanwalts Nagel wurden dann die vom Reichsgericht gegen Bins und Anderer ergangenen Urteile gelesen. Die Verlesung erfolgte, um festzustellen, daß in beiden Fällen, trotz eifrigster Nachforschung der Betätigung der beiden Angeklagten, keinerlei Beziehungen zur Interalliierten Militärkontrollkommission bestanden haben.

#### Kleine Chronik

Die Verurteilungen des flüchtigen Bankdirektors Dr. Schäfer sollen — der „Frankf. Ztg.“ zufolge — Millionenhöhe erreichen. Sein Aufenthaltsort konnte noch nicht festgestellt werden.

In Magdeburg ist ein Eisenbahninspektor unter dem Verdacht der Amtsunterschlagung und der Urkundenfälschung verhaftet worden.

Der Sekretär der Handelsabteilung der französischen Botschaft in Warschau, Kanczaj, ist wegen Unterschlagung verhaftet worden. Er hat eine Kautionsunterschrift, die von zwei Kaufleuten für die Erteilung der Konzession für den Kohlenverkauf der polnisch-französischen Firma „Starobozern“ hinterlegt worden war. Die Erlangung der Konzession sollte durch Vermittlung Kanczajs erfolgen.

Auf der Rede von Toulon sank am Freitag ein Marine-Wasserflugzeug so unerwartet schnell in die Tiefe, daß die an Bord befindlichen drei Besatzungsmitglieder nicht gerettet werden konnten.

In der heutigen Vormittagsziehung der Preussisch-Südbendischen Klassenlotterie wurde auf die Losnummer 11 830 ein 100 000-Reichsmark-Gewinn gezogen. Das Los wird in beiden Abteilungen in Halben gespielt, und zwar in der einen Abteilung in Berlin und in der anderen in Weiskalen.

Gerhart Hauptmann bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing am Samstag Gerhart Hauptmann, der seinen Dank für die ihm anlässlich seines 70. Geburtstages erwiesenen Ehrungen zum Ausdruck brachte.

## Zur Mannheimer Brückenfeier

### Der Bau der neuen Mannheimer Brücke

Aber die Erbauung der neuen Mannheimer Brücke bringt anlässlich der heutigen Einweihungsfeier die „Neue Bad. Landesztg.“ folgende rückblickende Darstellung:

Die Errichtung einer neuen Brücke in unmittelbarer Nähe einer bestehenden stellt den Brückeningenieur vor schwierigere Aufgaben, als der Bau einer ganz neuen Brücke in freiem Gelände. So waren auch bei der neuen Eisenbahnbrücke vielerlei Probleme zu lösen. Zwei Punkte waren hierbei von besonderer Bedeutung: Erstens war für den eisenernen Überbau eine Konstruktionsform zu finden, die mit dem Stadtbauwerk der bestehenden Gitterbrücke ein befriedigendes Gesamtbild ergab. Und zweitens mußte für die Pfeilerbauten ein Ausführungsverfahren erdacht werden, bei dessen Durchführung die 65 Jahre alten Pfahlgründungen der vorhandenen Pfeiler keinerlei Setzungen oder sonstige Beeinträchtigungen erleiden.

Im Jahre 1928 waren die Vorarbeiten über die grundsätzliche Gestaltung des Brückenprojektes abgeschlossen und die finanziellen und politischen Vorbereitungen erfüllt, so daß ein halbjähriger Baubeginn in Aussicht genommen werden konnte. Im Vorfeld und Anregungen für die Ausgestaltung der neuen Brücke zu erhalten, schrieb die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft einen Ideenwettbewerb aus, dessen Ergebnis 138 eingereichte Entwürfe waren.

Eine Pfeilerlose Brücke mußte wegen der zu hohen Kosten ausbleiben, ebenso die sogenannten Stapenbrücke. Der Grundgedanke der Stapenbrücke, die bei dem Ideenwettbewerb feinerzeit den ersten Preis davongetragen hatte, war der, daß zunächst eine Brücke mit zwei Pfeilern wie die jetzige errichtet wird. Jedoch sollte die Konstruktion so gestaltet werden, daß sie bei einer späteren Erneuerung der Straßenbrücke durch entsprechende Verstärkung in eine Pfeilerlose Brücke umgewandelt werden können.

Damit war die Entscheidung für die Brücke mit zwei Strompfeilern und drei gleichen Öffnungen gefallen. Bei der Konstruktionsform des eisenernen Überbaues behielt man die äußere Umrisse der alten Brücke bei, wählte allerdings eine andere Ausfüllung. Das nun ausgeführte Bauwerk hat den Vorteil größter Einfachheit und Klarheit und hebt sich deutlich — durch die unterschiedliche Farbe noch betont — von dem unüberblicklichen Gewirr von Diagonalen und Vertikalen der alten Brücke ab.

Im September 1930 wurde die Ausführung der Unterbauten für die Strombrücke der weitbekannteren Mannheimer Tiefbauunternehmung Grün u. Wiffinger AG, die bereits bei 12 anderen Rheinbrücken die Pfeiler gebaut hat, übertragen. Die Lieferung und Montage der Brückenträger erhielt die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Guntstausburg. Die beiden Firmen hatten auch bei dem Ideenwettbewerb einen Preis davongetragen. Die Fahrbahnkonstruktion lieferte das Eisenwerk Kaiserlautern.

Die Pfeiler der alten Brücke sind bekanntlich mittels eines Pfahlrotes von 6-8 Meter langen Holzpfählen gegründet, der massive Pfeiler beginnt erst etwa in Höhe der Flußsohle. Um diese Gründung gegen die Gefahr der Unterföhrung zu sichern, war sie bis auf Mittelwasserhöhe mit einer Steinmörtel umgeben. Diese engte jedoch die Durchfahrtsöffnung zwischen den Pfeilern beträchtlich ein und bedurfte ständiger, sorgfältiger Überwachung. Zu dem jetzigen Bauprogramm gehörte auch die Beseitigung dieses Steinmörtels und Umschließung des gesamten alten Pfeilers mit einer eisernen Spundwand. Auf diese Weise wurde die alte Pfeilergründung verbessert und gleichzeitig gegen Ausföhrung des Bodens zwischen den Pfählen beim Herstellen des neuen Pfeilers gesichert.

Bei der verlangten Gründungstiefe, die 13-14 Meter unter Mittelwasser liegt, kam nur eine Druckluftgründung mittels Senkfaßten in Frage. Nachdem der alte Pfeiler durch die Umschließungswand gesichert war, wurde an der Stelle des neuen Pfeilers eine künstliche Insel geschaffen, auf der die Eisenbetonsenklöcher hergestellt wurden. Von dieser Insel aus wurde der Senkfaß abgeseilt. Die Grundrissfläche des neuen Pfeilers überschneidet sich zum Teil mit der alten Pfeilergrundfläche. Der entsprechende über Wasser liegende Teil des alten Pfeilers war vor Herstellung des Senkfaßtes bereits abgebrochen. Mit fortschreitendem Abwinken des Klaffens wurden dann vom Arbeitsraum des Senkfaßtes aus auch die unter Wasser liegenden Teile beseitigt. Auf diese Weise hatte man Gelegenheit, den Zustand der 65 Jahre alten Pfahlgründung zu untersuchen. Sämtliche Pfähle waren in einwandfreiem Zustand. Selbst die eisernen Pfahlspitzen waren noch gut erhalten.

Die Senkfaßten für die Strompfeiler waren 9 Meter hoch, hatten je 160 Quadratmeter Grundfläche und jeder wog 1200 Tonnen. Täglich wurde jeder Klaffen etwa 50 Zentimeter abgeseilt und der obere Pfeilerteil entsprechend aufbetoniert. Jeder der vier Senkfaßten war etwa 15 Meter abzusinken. Jeder der vier Senkfaßten bei der Montage der eisernen, aus 2600 Tonnen Stahlkonstruktion bestehenden Brückenkonstruktion, waren die im Interesse der Schifffahrt und eines gefahrlosen Hochwasserabflusses gestellten Bedingungen maßgebend. Während der Wintermonate durften keine Einbauten im Strom sein. Als wirtschaftlichste Arbeitsmethode ergab sich, die Mannheimer Seitenöffnung auf einer festen Kühlung zu erstellen und dann von dem fertigen Brückenteil aus frei vorzubauen weiter zu montieren. Ein über das fertige Brückenteil hinausragender, fahrbarer Kran saßte die auf dem bereits fertiggestellten Brückenteil vorgefahrenen Konstruktionssteile, hob sie an die richtige Stelle und von leichten Gerüsten aus wurden sie mit den bestehenden durch Nieten fest verbunden. Auf diese Weise wurde eine Öffnung in der kurzen Zeit von 46 Tagen vollständig montiert.

Die mit 20 Monaten vorgesehene Bauzeit — vom ersten Spatenstich bis zur Inbetriebnahme — war trotz des im ganzen Sommer 1931 anhaltenden unnormal hohen Wasserstandes, der bei den Pfeilerbauten manche Schwierigkeiten und Aufenthalt verursachte, eingehalten worden. Für die Unterbauten wurden 14 Monate benötigt, wobei zu berücksichtigen ist, daß jeweils nur an einem Strompfeiler gearbeitet werden durfte. Die gesamte Eisenmontage dauerte 7 Monate.

Für die Herstellung der linksrheinischen Zufahrtsrampe zur neuen Rheinbrücke mit all ihren Bauwerken waren u. a. erforderlich: etwas über 50 000 Kubikmeter Erdmassenbewegung, etwa 8000 Kubikmeter Beton mit rund 1800 Tonnen Zement, 120 Tonnen Kundschiefer, 480 Tonnen Stahl für die Überbauten der Rampenbrücken, rund 1000 Kubikmeter Abbruch alten Bauwerks, 30 000 Quadratmeter Neuerstellung von Straßen- und Gehwegflächen im 4 1/2 Kilometer Gleis- und Weichenanlagen.

Auf der Mannheimer Seite waren durch die seitliche Verschiebung der Bahnzuführungsrampe, die Verbreiterung der Straßenrampe und Wegfall von zwei ehemaligen eisernen Fußbrücken im Schloßgarten ebenfalls recht umfangreiche Bauarbeiten durchzuführen.

Für die Herstellung der neuen Bauwerke, der Dammschüttungen und der Gleis- und Straßenbauten waren erforderlich: rund 50 000 cbm Erdmassenbewegung, 9000 cbm Beton und Mauerwerk mit rund 1700 Tonnen Zement, 600 Tonnen Stahl

und Kundschiefer für die Brückenbauten, 0,5 Kilometer Kanalarbeiten, 22 000 Quadratmeter Neuanlage von Straßen- und Gehwegflächen und 4 1/2 Kilometer Gleis- und Weichenanlagen. Die Durchführung der Bauarbeiten brachte dem Arbeitsmarkt in beiden Städten und Ländern eine willkommene Entlastung. Auf die Dauer der Bauzeit von zwei Jahren fanden auf den Baustellen selbst durchschnittlich etwa 300 Mann ständig Beschäftigung; die Arbeiter in den Werkstätten und Lieferwerken, ferner das Personal für Anfertigung der Pläne, der Berechnungen, Bauaufsicht und Verwaltung sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Besonderer Wert wurde von der Bauleitung darauf gelegt, durch weitgehende Unterteilung der Arbeiten möglichst viel Unternehmer zu beschäftigen, wobei das ortsanfällige Gewerbe besonders bevorzugt wurde.

## Badischer Teil

### Das Konkordat im Haushaltsausschuß

Freitag vormittag begann der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags mit der Beratung des Konkordats mit der katholischen Kirche. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Köhr, ging in längeren Ausführungen auf die geschichtliche Entwicklung der Verhandlungen zwischen der badischen Regierung und dem Heiligen Stuhl ein. Da die Mitglieder des Haushaltsausschusses die Argumente des Berichterstatters zunächst nachprüfen wollen, ist in eine sachliche Erörterung des Konkordats nicht eingetreten worden. Bemerkungen wurden nur nach allgemeiner Richtung gemacht.

Ein Vertreter der Sozialdemokratie gab eine vor der Reichstagswahl von dem früheren Unterrichtsminister Dr. Kemmele abgegebene Erklärung bekannt, die seine Tätigkeit in der Konkordats-Angelegenheit darstellte. Demgegenüber wurde von Zentrumsseite und von Seiten des Unterrichtsministeriums erwidert, daß Minister Dr. Kemmele als Leiter des Unterrichtsministeriums die Entwürfe für die Verträge mit beiden Kirchen ausarbeiten ließ und daß im Oktober 1930, also unter Minister Dr. Kemmele, bereits in der Schweiz eine mündliche Aussprache zwischen dem Kardinal-Staatssekretär und dem damaligen Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium gepflogen wurde. — Eine nationalsozialistische Anfrage, weshalb von 1930 bis 1932 die Verhandlungen nicht gefördert wurden, erwiderte der Unterrichtsminister dahingehend, daß die Verhandlungen niemals länger als zwei Monate geruht hätten, da der mehrfache Wechsel in der Person des Unterrichtsministers der Beschleunigung der Arbeiten hinderlich gewesen sei.

Die Verhandlungen wurden sodann auf nächsten Dienstag vertagt.

### Der Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche vor dem Verfassungsausschuß der Landesynode

Der Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche hat im Verfassungsausschuß der Landesynode zwei Lesungen passiert. Es ist anzunehmen, daß er von dem Ausschuß angenommen werden wird. Die dritte und letzte Lesung wird am Montag stattfinden.

### Lehrervereine zum Konkordat

Der Badische Lehrerverein versendet an sämtliche Mitglieder ein Rundschreiben folgenden Inhalts: Die Konkordate mit dem Hl. Stuhl und der Evangelischen Landeskirche liegen nun vor. Die Schule sei in die vertraglichen Bindungen einbezogen. Jeder Lehrer wisse, was das für Schule und Stand bedeute. Wegen ihres Willens werde der Lehrerschaft ein Konkordatskampf aufgedrängt. Es werde am heutigen Samstag in verschiedenen Orten des Landes die Lehrerschaft Badens zu Protestkundgebungen sich zusammenfinden. Es gelte, die Freiheit der Schule und des Standes zu verteidigen. Der Wille der Organisation müsse eindeutig der Öffentlichkeit gezeigt werden.

Der Verein katholischer badischer Lehrerinnen und der katholische Lehrerverein Baden verständlichen eine gemeinsame Erklärung zu diesen, in 18 Orten des Landes angeforderten Kundgebungen gegen das Konkordat. Es heißt darin u. a.: „Der Badische Lehrerverein spricht nicht im Namen der gesamten badischen Lehrerschaft. Die in den unterzeichneten Lehrervereinen zusammengefaßten über 1500 katholische Lehrerinnen und Lehrer erheben Einspruch gegen dieses Vorgehen des Badischen Lehrervereins und die damit verbundene Zerschlagung der Lehrerschaft. Das Konkordat bedroht weder die Freiheit der Schule noch die des Lehrerstandes. Dagegen wird das Ansehen des Lehrerstandes durch das Vorgehen des Badischen Lehrervereins gefährdet und die Schule in ihrer Volkstümlichkeit bedroht.“

## Erzbischof Dr. Gröber Ehrenbürger von Konstanz

Wie aus Konstanz gemeldet wird, wird Erzbischof Dr. Gröber bei seinem heutigen Besuch zum Ehrenbürger der Stadt Konstanz ernannt und ihm die künstlerisch ausgestattete Ehrenurkunde überreicht werden.

### Von der Badischen Gewerbebehörde

Trotz Wirtschaftskrise und politischer Wirren kann laut Statistik der Badischen Gewerbebehörde die erfreuliche Feststellung gemacht werden, daß in der Bevölkerung in den letzten Jahren in gewerblicher Hinsicht eine geistige Aktivität entfaltet wird, wie sie noch nie seit Bestehen der Bücherei beobachtet werden konnte. Als Beweis hierfür sei die Statistik des letzten Vorjahresjahres 1932 und die des letzten Kriegsjahres 1931 einander gegenübergestellt.

	i. J. 1928	i. J. 1931
Es betrugen	20 748	25 193
Besucherzahl	20 063	22 191
Bücherausleihungen	15 598	25 846
Patentschrifteneingänge	628	933
Beratungen in Erfindungsangelegenheiten	135	318

Neben den Erwerbslosen, welche in großer Zahl die Bibliothek benutzen, um die Zeit ihrer unfreiwilligen Muße mit Weiterbildung in ihrem Berufe auszufüllen, sind es auch die Erwerbstätigen, welche häufiger die Einrichtungen der Bibliothek in Anspruch nehmen, sei es, um sich über den technischen Stand ihres Fachgebietes zu unterrichten, sei es, um sich neue Anregungen zu holen für ihr berufliches Schaffen. Als Ausfluß dieses Betätigungsdranges ist auch die große Zahl der patentierten Erfindungen zu betrachten, ganz zu schweigen von den Gebrauchsmustern, deren Eintragungen im Jahre 1931 sich auf 49 000 bezifferten, gegen 41 800 im Jahre 1928.

### Aus den Parteien

Am Donnerstag hielt die Landtagsfraktion der Deutschen nationalen eine Sitzung ab, um zu dem Konkordatsentwurf Stellung zu nehmen. Eine endgültige Stellungnahme erfolgte jedoch nicht, weil man die Beschlußfassung der Landesynode abwarten will.

Der als badischer Spitzenkandidat der Nationalsozialisten gewählte Gauleiter Robert Wagner hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Dadurch rückt auf der badischen Wahlliste der Arbeiter Willi Blesler in Heidelberg als gewählter Kandidat nach.

## Aus der Landesbauhauptstadt

### Zum Jubiläum der Firma Wolff & Sohn

Anlässlich der Jubiläumsfeier der Firma Wolff & Sohn in Karlsruhe, über die wir bereits berichteten, überreichte Fabrikant Robert Rees namens des Verbandes süddeutscher Industrieller dem Seniorchef der Firma die Goldene Medaille des Verbandes. Aus der Geschichte dieser heutigen Weltfirma, die sich aus kleinen Anfängen entwickelte, sei noch folgendes mitgeteilt:

Am 20. November 1857, also vor 75 Jahren, als der spätere Kommerzienrat Friedrich Wolff von seinem Vater Gottlob Friedrich Wolff als Teilhaber in das damals bestehende kleine Geschäft für Seifen und Parfümerien aufgenommen wurde, nahm die Weltgeltung der Firma ihren Anfang. Wolff & Sohn bezeichnet diesen Tag als Gründungstag. In ungemein schneller Weise vollzog sich der Aufstieg; die Fabrikräume in einem Hause im Inneren der Stadt mußten bald mit großen Fabrikanlagen an der Durlacher Allee veräußert werden. Ein Hauptverdienst an der schnellen Entwicklung fällt dem Mitbegründer, dem 1920 hochbetagt verstorbenen Geh. Kommerzienrat Dr. Friedrich Wolff, dem Ehrenbürger der Stadt, zu. Fünfzehn Jahre nach der Gründung beschäftigte Wolff & Sohn 15 Angestellte und Arbeiter, vor dem Kriege etwa 1000, 1920 zählte sie über 1600 und heute rund 1000. In alle Welt gehen die Erzeugnisse der Firma; ihre Spezialfabrikate, die Kaloderma-Präparate, verschafften ihr Welttruf. Die großen Veränderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nach dem Umsturz schnitten manche Abergemeinschaft ab. Aber der gute Ruf des Hauses, die von klaren, kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Leitung, an der auch die jüngere Generation maßgebend beteiligt ist, haben vermocht, daß alle Schwierigkeiten überwunden wurden. Den Ruf deutscher, solider Arbeit trägt auch heute Wolff & Sohn in alle Welt.

**Rundreisefarten für das gesamte Reichsbahnnetz.** Nachdem die Reichsbahn nach Schweizer Vorbild in Ostpreußen, Baden und Bayern im Laufe des Jahres 1932 versuchsweise die sogenannten Rundreisefarten für gern befahrene Rundverbindungen mit einem Preisnachlass von 25 Prozent eingeführt hat und diese Karten beim Publikum großen Anklang gefunden haben, beabsichtigt jetzt die Reichsbahn, derartige Karten für das gesamte Reichsbahnnetz herauszugeben. Die Karten haben eine Geltungsdauer von 15 Tagen bei Entfernungen bis 200 Kilometer. Für größere Strecken erhöht sich die Geltungsdauer auf 30 Tage. Gegen einmalige Zahlung des Zuschlags für die ganze Strecke können Eil- und Schnellzüge benutzt werden. Die Rundfahrt kann an einem beliebigen Tage angetreten werden und innerhalb der Geltungsdauer beliebig oft und lange unterbrochen werden. Im Versuchsbereich der Eisenbahndirektion Karlsruhe sind bisher über 8000 derartige Karten verkauft worden. In den Bezirken München und Augsburg über 5700.

Der 2. süddeutsche Freiballwettbewerb, der am vergangenen Sonntag wegen der schlechten Witterung abgesagt wurde, findet nunmehr am morgigen Sonntag auf dem Karlsruher Meißplatz statt. Der Start erfolgt zwischen 9 und 10 Uhr morgens. An der Zahl der Teilnehmer hat sich nichts geändert.

**Abschluss des 21. Deutschen Feuerwehrtages.** Der Hauptausflug des 21. Deutschen Feuerwehrtages hielt im Karlsruher Rathaus seine Schlußsitzung ab, wobei festgestellt wurde, daß die Tagung in allen — auch im finanziellen — Teilen zu vollen Zufriedenheit aller Beteiligten verlaufen ist. Es war die bedeutendste Tagung, die Karlsruhe seit vielen Jahren zu verzeichnen hatte. Für das nächste Jahr stehen der 4. Bad. Landtag und ein Sängertag mit Gesangswettbewerb in Aussicht. Anlässlich des Grenadiertages wird eine Gedenkfeier für die Toten des Weltkrieges mit einem Aufmarsch von etwa 8000 alten Grenadiern und eine vaterländische Weisestunde vor dem Schloß stattfinden. Beim Sängertag ist ein Festzug geplant.

**Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen:** Das Hochdruckgebiet, das über eine Woche hindurch über Mitteleuropa lag und uns trockenem Ostwetter brachte, ist jetzt unter dem Andrängen einer atlantischen Zone nach Südosten zurückgewichen, so daß sich über unserem Gebiet Südwestwinde eingestellt haben. In der Rheinebene herrschen zwar noch östliche Winde vor, doch wird auch hier der Wind umschlagen. Damit steht nun für morgen milderes Wetter bevor; mit nennenswerten Niederschlägen ist aber noch nicht zu rechnen. **Vorausage:** Milderes und zeitweise aufheiterndes Wetter bei auffrischenden Südwestwinden.

**Wasserstände:** Waldshut 214 minus 6, Basel 12 minus 6, Rehl 240 minus 4, Nagau 381 minus 4, Mannheim 253 minus 4, Caub 173 minus 7.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

	19. November		18. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	71.98	72.12	72.73	72.81
Italien . . . 100 L.	21.56	21.60	21.56	21.60
London . . . 1 Pf.	13.86	13.90	13.80	13.84
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.49	16.53
Schweiz . . . 100 Fr.	80.92	81.08	80.91	81.10
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

### Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abtlg.) vom 17. Nov. 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 17. November 1932 für eine Unze Feingold 124 sh 10 1/2 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein engl. Pfund vom 17. Nov. 1932 mit 13,90 RM. umgerechnet 86,7881 RM., für ein Gramm Feingold demnach 48,1779 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,7930 RM.

**Gebrüder Junghans AG, Uhrenfabrik, Schramberg.** Nach von der Verwaltung stammenden Meldungen ist der Verlauf des Berichtsjahres sehr unbefriedigend gewesen. Der Umsatz sei teils infolge der Preisföhrung, teils infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise im In- und Auslande mengenmäßig und noch mehr wertmäßig weiter zurückgegangen. Der Buchgewinn aus der letztjährigen Kapitalzusammenschließung und Zusammenlegung in Höhe von 6 948 000 RM. wurde zu Abschreibungen auf Anlagen mit 1 125 000 RM., auf Schuldner und Beteiligungen mit 1 482 000 RM., Rorrate mit 2 300 000 RM. und Stilllegungskosten mit 215 000 RM. vermindert. Der Rest wurde zur Deckung des vorjährigen und zur teilweisen Bedeckung des diesjährigen Verlustes, dessen Höhe nicht bekannt ist, verwendet. Der Verlustvortrag auf das neue Jahr beläuft sich auf 921 000 RM. Im neuen Jahr hofft die Gesellschaft ein besseres Ergebnis erzielen zu können.

